

Abend-Ausgabe.
Volk-Zeitung

Bezugspreise
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zufüllung 2,00 Mark, vierteljährlich
5,00 Mark, sechsmonatlich 9,00 Mark
einjährlich 15,00 Mark. Einzeln-
nummern 15 Pf. Bei Abnahme von
mehreren Bänden werden Abzüge
gemacht. Im amtlichen Zeitungsver-
zeichnis unter der Bezeichnung eingetrag.
S. für ein Viertel einlangende
gen. Manuskripte sind in die Redaktion
übernehmen. Die Redaktion ist
offen abends 6 Uhr. „Volk-Zeitung“ ge-
gründet. Seine der Schriftleitung Nr.
1110, der Geschäftsleitung Nr. 1111,
u. 1017, der Geschäftsleitung Nr. 1133.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4603.

Dreißigste Jahrgang.

Angaben
weitere 3. Jahrgang, 34 mm Brei, Milli-
meterzeile oder deren Raum mit
20 Pf. berechnet u. in untern
Rahmen in den Anzeigen-
blätter angenommen. Rahmen
die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen-Rahmenzeitung vor-
11 Pf. für die Sonntags-Ausgabe,
6 Uhr. Abteilungen, soweit un-
möglich, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungszeit: Halle. Erscheinung
tägl. 2 mal. Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Herrn Brunnenstr. 14. Dr. Braun-
hauer. 17. Neben-Geschäftsstelle:
Halle 2 u. Große Ulrichstr. 52.

Die Blockade gegen Sowjet-Rußland.

Basel, 20. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) „Homer Afere“ berichtet: Die Blockade gegen Sowjetrußland wird vom 25. Oktober ab allgämein sein. Die Alliierten rechnen damit, daß die Blockade noch vor dem Frühjahr Rußland von den Wohlgeheßen befreien wird.

Die Entente und die letzte Baltikum-Note.

Basel, 20. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Information“ erf. hat aus Paris: Im Kammerauschuß für Auswärtige Angelegenheiten über die Baltikum-Note der Alliierten an Rußland. Diese Note ist, daß Deutschland auch der neuen Forderung bisher nicht nachgegeben hat und daß die Alliierten sich weitere Maßnahmen gegen Rußland vorbehalten wollten. Gegenüber dem „Tempo“ aus Paris, man einigte sich im Rat der Alliierten, daß eine Ver-
sicherung der Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland nicht vor dem Eintritte der Alliiertenkommission im Baltikum eintrittes sollte. Die Kommission verläßt Ende dieser Woche Paris.

General Mangin geht nach dem Baltikum.

Paris, 19. Oktober. Laut „Internationale“ ist General Mangin, der bis jetzt die Disziplinararmee in Mainz befehligte, zum Militär der internationalen Alliiertenkommission für die Klärung des Baltikums ernannt worden.

Neuer Erfolg Dentins.

London, 19. Oktober. (Telegr.) Dentin hat die Volkswirtschaft am 13. Oktober bei London des-
schlagen. Die Aktien übertrieben den Wert und wuchsen 1200 Pf. während. Weiter wuchsen sie auf 1500 Pf. und wuchsen 2150 Pf. während.

Die Kämpfe um Petersburg.

Kopenhagen, 20. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die antihörschwedischen Truppen haben bei Rasknaja Selo eine Überfall gegen das rote Heer unternommen, das vor Petersburg verammelt ist und dessen Stärke sich auf 10 000 Mann belaufen soll. Wenn eine derartige geringe Truppen-
stärke überhaupt in den Reihen des Krieges aufzulaufen be-
sonders erwähnt wird, kann man daraus zum mindesten ent-
nehmen, daß auch die Engländer verhältnismäßig schwach sind
und daß es bei dem jetzigen Stande von Petersburg sich um
Eile handelt. Vom roten Stängel Jüdenisch wird gemeldet,
daß ihm starke bolschewistische Truppen gegenüberstehen. Das
Interessanteste an dem Sturm auf Petersburg ist indes die
Zufuhr, daß die Engländer mit der wiederholt behaupteten
Zurückziehung ihrer Truppen niemals ernst gemacht haben,
gerade die englischen Truppen sind an der Aktion gegen
Petersburg beteiligt, um die Stadt nicht in andere Hände
fallen zu lassen. Mehrere englische Arbeiterblätter greifen
die Regierung deswegen heftig an und verlangen erneut die
Zurückziehung der britischen Truppen, um England nicht in
weitere kriegerische Abenteuer zu führen, da die Eroberung
Petersburgs nur der Beginn großer Operationen
wäre. „Daily Express“ weist ausdrücklich auf die soziale
wirtschaftliche Lage des Landes hin und erklärt, daß man kein
Geld mehr für kriegerische Unternehmungen hinauswerfen
dürfte. Bei der bevorstehenden Einnahme Petersburgs wird
man über die bisher gerichtsweise behauptete Plünderung von
Geldschätzen Aktes feststellen können. Im ganzen sollen
sechs Geschichts- und Konfulatsgebäude geplündert
worden sein. Mehrere Schweden wurden verhaftet und miß-
handelt. Sogar die Privatwohnung des früheren schwedischen
Gesandten, General Brandström, wurde vollständig ausge-
raubt.

Beratungen der Präsidenten der Landesfinanzämter.

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Wie
wir erfahren, werden die Präsidenten der neuorganisierten
Landesfinanzämter unter dem Vorsitz des Reichsfinanz-
ministers Gehobener zusammengetreten. Die Beratungen gelten
der praktischen Durchführung der neuen Steuerorganisation.
Zm Ziele darauf werden sich die Finanzminister der Einzel-
staaten im Reichsfinanzministerium versammeln, um über
Landessteuern und Reichsfinanzminister zu beraten, ein
Zweck, das nunmehr nach der Verabschiedung der übrigen
Steuererlasse höchste Aktualität gewinnt.

Die Berliner Verhandlungen.

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Eine
Änderung in der Lage ist nicht eingetreten, da erst morgen
die weiteren Verhandlungen einsehen. Vom Metzgerberlei-
verhand wird nun mitteilt, daß die Verhandlungen
ungefähr in einer Woche beendet sein werden.
Die Arbeitsaufnahme wurde gefolgsam erfolgen, aber erst
dann, wenn eine Einigung erzielt und der Spruch des

Schlichtergerichts von den Arbeitnehmern angenommen ist. Der
Verband Berliner Metallindustrieller soll sich in einer Sitzung
heute nachmittag über die Zeit der Wiederaufnahme der
Arbeit verständigen werden.

Solf — Deutschlands Vertreter in London?

Haag, 20. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die
„Rechtsminister Gazette“ vom 17. Oktober vermeldet ohne
Kommentar, daß Dr. Solf Deutschlands erster Vertreter in
England werden soll.

Vor einem neuen polnischen Putz!

Doppel, 20. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Seit
einigen Tagen macht sich wieder lebhafteste Tätigkeit an
den großen oberirdischen Brückentäften bemerkbar. In der
Nacht vom Sonntag kam es zu einem kurzen
Angriff auf den Brückentopf. Alle Wachposten sind
nach war die Sprengung der Brücke beabsichtigt. Die
herbeigekommene Besatzung erwehrte sich des Angriffs
mit Maschinengewehrfeuer und Handgranaten. Die An-
greifer sind entkommen.

Große Unterschlagungen in Berlin.

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Große
Unterschlagungen wurden bei einer Bank in der Jäger-
straße aufgedeckt. Eine Kommission ergab Unstimmigkeiten,
und die weitere Prüfung führte zu der Feststellung, daß der
19 Jahre alte Bankkassierer M. seit längerer Zeit fortgesetzt
Wertpapiere und bares Geld an sich genom-
men und die Unterschlagungen durch falsche Eintragungen
verdeckt hat. Der junge Mann wurde verhaftet und legte
auch ein Geständnis ab. Für 100 000 Mark Wertpapiere
konnten bei ihm noch beschlagnahmt werden, einen ebenso
großen Betrag aber hat er durchgebracht. M. spielte mit
dem veruntreuten Gelde den Ledemann und verlor es im
Spiel und auf der Rennbahn.

Konferenz amerikanischer Staaten.

Haag, 20. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Der
„Nicaragua Court“ meldet aus Buenos Aires: Der
argentinische Minister des Auswärtigen beruft eine Kon-
ferenz aller amerikanischen Staaten ein. Auf dieser
Konferenz soll der Vorschlag gemacht werden, die sämt-
lichen Staaten Amerikas anzufordern, ein Abkommen
zu schließen, durch welches der freie Verkehr für Waren
und Lebensmittel eingeführt werde. Auf diese Weise will
man eine Verminderung der hohen Preise in die Wege
leiten und ermöglichen, daß auch andere benachteiligte
Staaten sich an dem Abkommen beteiligen. Dieses Vorgehen
des argentinischen Ministers des Auswärtigen wird außer-
ordentlich wichtig erachtet, da es als der erste Schritt gilt,
eine Herabsetzung der Preise auf der ganzen Welt zu
bringen.

Preisbildung im Außenhandel.

Berlin, 20. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Die
Reichswirtschaftsminister werden gegenwärtig Ber-
atungen zu einer geordneten Preisbildung in un-
wiederanzulebenden Außenhandel getroffen. Ber-
sprechungen von Sachverständigen sind, wie wir hören,
bereits in vollem Gange.
Wie wir ferner von autoritativer Seite erfahren,
ist die Bildung von einer Einkellung der Lieferungen
amerikanischer Lebensmittel nicht zu
treffend. Die deutsche Regierung ist vielmehr be-
strebt, weitere Lieferungsabkommen zum Abschluss zu
bringen.

Deutsche Auswanderer nach Südamerika.

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Der
Austausch von deutschen Auswanderer nach Süd-
amerika hat, wie wir hören, bereits begonnen. Die
Auswanderungen nehmen täglich an Umfang zu. In
den nächsten Tagen werden wieder Transporte nach
Argentinien abgehen.

Kronstadt in Brand.

Amsterdam, 19. Oktober. Nach einem Bericht der
„Times“ aus Kopenhagen geht der westliche Teil von Kron-
stadt in Brand. Das Geschwader der Alliierten beschien
der bolschewistischen Kriegsschiffe daran, den Hafen zu
verlassen, um sich an der Verteidigung von Petersburg zu
beteiligen.

Die sozialistische und die agrarische Partei Finnlands
haben in einer gemeinsamen Versammlung beschlossen, mit
den Bolschewisten Friedensverhandlungen anzua-
nipfen. Englische Missionen in Helsinki, die
schon beschlossenen hatten, nach England zurückzuführen, bereiten
sich jetzt vor, nach Petersburg zu gehen.

Steigernde deutsch-spanischer Handelsverkehr.

Die spanische Regierung beabsichtigt, laut „Los Sig.“, in
Erwartung einer Steigerung des Handelsverkehrs mit
Deutschland die Zahl der spanischen Konsula in Deutschland
zu vermehren.

Der Fall Petersburg!

Die englischen Pläne.
or. Berlin, den 20. Oktober 1910.
Aus Königsberg, 19. Oktober, durch Fernsprecher:
Der Verkehr nach dem Baltikum und nach Rußland
über Ostpreußen ist vollständig gestoppt, um den Ueber-
tritt deutscher Truppen über die Ostpreußen zu verhin-
dern. Dafür bringt mit den ins Reich zurückkehrenden
Soldaten eine Flut von Nachrichten herein, sowohl über
die sehr verwinkelte Lage in Riga, als auch über das
Schicksal Petersburgs. Doch zunächst sich nicht halten
sollte, sobald die Engländer dort energisch vorzugehen,
wöhle jeder, der die militärischen Verhältnisse der
russischen Ostpreußen kennt. Offenbar wollten die
Engländer vor Einbruch des scharfen Winters Schutz
suchen. Die russische Flotte stand bisher unter dem
Oberbefehl eines früher gartischen Admirals namens
Zambius, der sich den Sowjetmännern zur Verfügung
stellte. Er machte wiederholt Verträge, aus Kronstadt
auszulassen, um sich der englischen Flotte im Baltischen
Meere zu stellen. Er verlegte über die Drednoughts
„Poltava“ und „Sewastopol“ ionte einige Kreuzer, auf
denen sich auch namentlich estonische und lettische Ma-
trosen befanden. Mit den englischen russischen Ver-
einbarungsmächtern war kann noch etwas anfangen.
Sie waren bald vollständig demoralisiert. Eine Disziplin,
wie sie bei der roten Landarmee tatsächlich stellenweise
herrschte, zeigte sich auf den Schiffen nirgends. Aber
auch die Letzen und Esten stellten sich nicht mehr zu
Geldentaten berufen. Raun vielen Schiffe vom finn-
ländischen Ufer her, so riefte sich die ganze Weltöffentlich-
keit in den Kronstädter Hafen. Für Petersburg bildete diese
Flotte keinen Schutz mehr. Die Engländer können ein-
dringen, wenn es ihnen beliebt. Und sie scheinen sich be-
reit zu haben, als sie merken, daß General Judenitch
rasker als man gedacht über Ostpreußen herant-
wehen. Ueberhaupt besteht seit langem ein heimliches Mis-
trauen zwischen den großrussischen Beamten der gegenrevo-
lutionären Armeen und den Alliierten der Engländer
auf Petersburg. Die heute so fürchtbar herunter-
gekommene Stadt Peters des Großen, die „Seele Ruß-
lands“, war stets ein Grenzort. Bis hierher und nicht
weiter kam das von Sibirien und Osten herüberziehende
Russentum. Hier an der Mündung der Neva stöhnen
zwei Schutze aneinander. In dem einen hängt im
Westen das verhafte Land der Wästen, an dem andern
im Norden das nicht weniger verhafte und noch dazu
gegründete Finnland. Die Finnländer merken bereits,
daß eine große politische Entscheidung nahe und daß sie
sich, wie man so sagt, ranhalten müssen. Es wurde des-
halb in Helsinki die Lösung ausgegeben, mit den
russischen Bolschewisten keinen Frieden abzuschließen,
die Verhandlungen hinauszuzögern und im letzten
Stunde mit den Engländern für „neue Waffenstill-
stimmungen zu verlangen, bestehend in der vollen
Unabhängigkeit Finnlands und strategischen Vorteilen
gegenüber einem wieder erstarkenden Rußland. Und
die englischen Pläne? Schon seit langem steht ein
Bankrottortium bereit, um das vollständig zerstörte
Wirtschaftsleben Petersburgs wieder aufzubauen, aber
unter Bedingungen, die einer Wiedererrichtung der Peters-
burger Stadtverwaltung gleichkommen. Der Peters-
burger Magistrat erhält einen englischen Kommissar, der
die gesamte städtische Wirtschaft zu überwachen hat, und
unter dessen Kontrolle die städtischen Einnahmen und
Ausgaben stehen. Alle der Stadt gehörenden Immobilien,
Wasserleitungen, Schachtlöcher und Elevatoren und an-
dere mehr, werden dem Konsortium mit allen Verfü-
gungsberechtigungen als Pfänder übergeben. Anstellung im
städtischen Dienst bedürfen der Zustimmung des eng-
lischen Kommissars; Gelddarstellungen, Lüttungen und
dergleichen der Stadtverwaltung sind nur nach Gegen-
zeichnung des englischen Kommissars oder dessen Bevoll-
mächtigten gültig. Der englische Kommissar soll gleich-
zeitig Chef der Polizeigewalt werden. Ein starkes,
politisches Regiment soll alle bolschewistischen Erinne-
rungen mit der Wurst abrotten. Man hat offenbar
das Vorbild des Unhappy-Lands vor Augen. Des
weiteren wird mir mitgeteilt, daß für die ebenfalls
völlig hartnötigen Städte Moskau, Aiew, Odeska und
mehrere andere eine ähnliche englische „Anterung“ ge-
plant wird, so daß binnen kurzen die Verwaltung städti-
scher russischer Großstädte, Polizeibehörden, Steuer-
ämter, Kasernen in englischen Hände übergehen werden
übergehen werden. Man sieht, England geht planmäßig
vor und hat wie immer sehr weit gesteckte Ziele.
Wander, der bisher nicht verstanden, warum England vor
Riga und im Baltikum so energisch auftritt, um jeden
beurteilenden Einfluß auf die neue Gestaltung der Dinge in
Rußland zu besitzeln, der kann sich jetzt einen Reiz
daraus machen.

Deutschnational auf Kündigung.

Die „Frankf. Ztg.“ schreibt unter dieser Ueberschrift: Auf dem deutschnationalen Parteitag im Juli gab es eine merkwürdige Episode, deren Opfer der Bonner Universitätsprofessor Leimann und deren Gegenstand der gewesene preussische Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer-Beseler gewesen ist. Der Professor verurteilte seinerseits die Erwählung Beselers zu geben, daß Herr v. Schorlemer trotz seiner Unterstützung des Gedankens der Rheinischen Republik von der Berliner Parteisektion in einen für das Rheinland besonders ernannten Vorstand berufen worden sei. Der Vortrag gelang nur teilweise, weil der Vortag und Parteitagsvorstände, Staatsminister Seitz, den Redner immer wieder unterbrach und ihm schließlich das Wort entzog. Eine peinliche Geschichte, in der Teil Herr v. Schorlemer scheint man inwieweit angezweifelt zu haben, daß er sich irgendwie herauskaufen müsse, um die deutschnationalen Partei nicht dauernd zu kompromittieren. Aber es wurde Oktober, bevor der von seinen eigenen Freunden mit einem Freigangigen behängte Parteiführer die richtige Wendung fand, um die Ueberernennung seiner rheinischen Räte und seiner nationalen Parteisektionen planmäßig zu machen. In Berlin ließ man ihn kürzlich einen Vortrag halten, in dem er sich verbot, mit der ganzen rheinischen Sonderbewegung nichts mehr gemein zu haben, und vollwertig deutschnational zu sein. Natürlich interessant ist die Begründung, die Schorlemer in seinen früheren Eintreten für den Rheinland gab, wie wir sie dem Bericht der rechtsstehenden Presse entnehmen. Der Ruf „Los von Berlin“ habe nämlich nichts weiter bedeutet, als Befreiung von der Alleinherrschaft der Sozialdemokraten und Unabhängigkeit; der Rheinische Rheinland habe auf der einen Seite Bollwerk des Deutschen gegen Westen, auf der anderen „Tamm gegen den Angriff von Osten“ sein sollen. Man müsse unbedingt daran festhalten, daß erst der Angriff vom 9. November eine rheinische Frage geschaffen habe. Diese letzte Behauptung ist nachweislich falsch, und auch Schorlemer mag wissen, daß sie falsch ist. Gerade bei ihm im Moment hat man sich wohl vor dem Gang der Monarchie für solche Pläne eingeklinkt. Gewiß haben Männer wie Schorlemer keinen unersetzlichen Anteil an dem Reich, dem Reich, dem Reich, in dem die beiden Sozialdemokraten und Demokraten den Ton — und die Steuern angeben, darauf stehen doch die ganzen Verbindungen für die Rheinische Republik hinaus.

Gegen die Abwanderung aus Polen.

Der demokratische Abg. Prof. Dr. Hermann Felsen hat in der Nationalversammlung folgende kleine Anfrage gestellt:
Die Abwanderung der Deutschen aus den besetzten Teilen der Provinz Polen wird bereits auf 100—120 000 Köpfe geschätzt, und sobald die Demarkationslinie fällt, wird sich diese Zahl leicht verdoppeln. Es sind nicht nur meist Beamte und Lehrer, sondern in wachsender Zahl auch Gewerbetreibende und Kaufleute, Landwirte und Arbeiter. Die Folgen dieser Entwendung sind sowohl für die Zukunft des Deutschen in Polen wie auch angeht die geschädigten geringen Lohnverhältnisse im Reich. Es ist zweifellos, daß der Auszug für diese Arbeiterwanderung der von den Polen geleitete Prozess ist. Aber auch das geringe Vertrauen in einen künftigen katastrophalen Schicksal der Auslandsdeutschen in Polen spielt eine Rolle. So könnte es unter anderem ein Mittel gegen weitere Abwanderungen werden, wenn die Reichsregierung erneut und in der verbindlichsten Form die Zuführung geben würde, daß den über die Optionsfrist hinaus in Polen ansässigen Deutschen ohne Unterbrechung des Standes und des Besitztums zu ihrem Zeitpunkt irgendwelche Schwierigkeiten bei ihrer Naturalisation gemacht werden. Den Beamten, namentlich den Lehrern und Juristen, deren Verbleiben für die Erhaltung des Deutschen von besonderer Bedeutung ist, müßte ferner die Uebernahme nach Deutschland auch nach Ablauf der Optionsfrist unter denselben Bedingungen zugesichert werden, wie den jetzt Abwandernden. Ist die Reichsregierung bereit, diesen Antegungen Folge zu geben bzw. soweit sie nicht selbst zureichend ist, auf entsprechende Maßnahmen bei den preussischen Behörden hinzuwirken?

Deutsche Abstammungsgebiete und Friedensvertrag.

Nach der Ratifikation des Versailles Friedensvertrages muß unverzüglich die Vorbereitung der Abstimmung in den Gebieten Deutschlands getroffen werden, deren Bevölkerung über ihre unmittelbare staatliche Zugehörigkeit selbst entscheidet. Der Friedensvertrag hat die Fragen selbst nicht einheitlich geregelt. Das Gesetz über den Rheinland und die Abstimmung im Saarrevier erfolgt erst nach dieser Zeit. In Rußland und Albanien, das nach dem Vertrag den Friedens durch die belagerten Gebiete Russen ausgelegt, die Bewohner haben darin einzuziehen, ob sie unter deutscher Staatsmacht bleiben wollen. Das Ergebnis der Volksabstimmung wird von Belgien zur Kenntnis des Völkerbundes gebracht. In Nordostpolen muß die deutschen Behörden innerhalb von 10 Tagen das Abstammungsgebiet räumen. Das Gebiet unter einer internationalen Kommission von 5 Mitgliedern unterstellt, die allgemeine Verwaltungsbefugnis besitzt. Die Abstimmung erfolgt spätestens drei Wochen nach der Räumung des Gebietes durch die deutschen Behörden. Im zweiten Abschnitt, also im Grenzgebiet, spätestens fünf Wochen. In der ersten Hälfte haben die deutschen Behörden und Truppen innerhalb von 14 Tagen nach Inkrafttreten des Friedens das Land zu räumen. Die Abstimmung selbst erfolgt frühestens nach 6 und spä-

stens nach 18 Monaten. So wird man in Oberschlesien frühestens im Jahre 1920, spätestens im Jahre 1921 mit der Vornahme der Abstimmung rechnen können.

Schärfere Abstimmungsaussichten in Schleswig.

Berlin, 19. Oktober. Die Abstimmungsaussichten in Schleswig sind nach den hierher gelangten Nachrichten nicht ungünstig für uns. Man hofft bestimmt, die zweite Zone zu halten, aber auch in der ersten haben sich die Verhältnisse für uns verbessert. Der schleswiger Bauer erwägt, daß er mit seinen Produkten immer auf den Süden angewiesen sein wird, während ihm Dänemark selbst kaum Absatz bietet. Weiterhin wird mit einer Ueberpannung des dänischen Nationalgefühligen das neu hinzutretenden Landesmitglieder gerechnet. Alle Erfahrungen, die nach dieser Richtung gemacht worden sind, machen die intelligenten Elemente besonnen. „Das möchte aber ist“, so heißt es bei B. v. S., „daß uns der Stand unserer Valuta in dieser wichtigen Frage zu Hilfe kommt.“ Der Schleswiger, der jetzt in auskömmlichen Verhältnissen lebt, wird, wenn er sein Geld in dänische Währung umwechselt, ein armer Mann sein. Die Dänen machen sich schon jetzt über die „Marxproletarie“ lustig. Ob ihre Regierung aber in wirtschaftlicher Beziehung den bedrängten neuen Landesleuten zu Hilfe kommen wird, steht sehr dahin. Der nächste Stand der deutschen Valuta ist augenblicklich die beste Verteidigung der Nordgrenze.

Die Verluste unserer Landwirtschaft durch den Friedensvertrag.

Durch den Friedensvertrag verliert Deutschland etwa 5½ Millionen seiner Einwohner ohne Volksabstimmung, in den Abstammungsgebieten ist die künftige Zugehörigkeit von etwa 3 Millionen in Frage gestellt, so daß der drohende Gesamtverlust etwa 8½ Millionen, gleich 13 Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt. Der Gebietsverlust beläuft sich auf etwa 14 Prozent der Gesamtfläche des früheren Deutschen Reiches. Die abzutretenden Gebiete sind sämtlich bedeutende Ueberflugsgebiete der Landwirtschaft. Die durch die Landwirtschaft verlorene Fläche verringert sich etwa um den vierten Teil. Prozentual verlieren wir an der Kartoffel- und Zuckerpflanzung den größten Teil. Zur Weizen flucht die Verflucht auf nahezu 15 Prozent, für Roggen- und Sommergerste auf nahezu 22 Prozent. Der Viehhofstand verringert sich um 16 Prozent, bei den Schweinen nahezu 17 Prozent, bei den Pferden 26 Prozent, beim federreich 15,6 Prozent. Hierbei ist noch zu betonen, daß gegenüber dem Friedensvertrag infolge der Kriegszeit der Viehhofstand um 17 Prozent, der Schweinebestand um 68 Prozent, das Schlachtgewicht des Rindviehs um 41 Prozent, das der Schweine um etwa 59 Prozent, abgenommen hat. Geht man zu diesen Ziffern den Bevölkerungswert um 13 Prozent, so ist deutlich erkennbar, wie stark für das künftige Deutschland die Grundlagen seiner landwirtschaftlichen Versorgung erschüttert sind. Da außerdem auch von dem früheren preussischen Siebenland von etwa 1,9 Millionen beinahe nur noch 1,1 Millionen befreit werden, so sind der agrarwirtschaftlichen Entwicklung und Produktivsteigerung durch Siebung sehr erhebliche Gefahren gesetzt.

Die aus dem Ausland zu beziehenden Lebensmittel müssen bezahlt werden. Geld haben wir hierfür nicht. Die Besahlung kann daher nur mit Waren erfolgen, also mit den Ergebnissen unserer Arbeit. In einer Denkschrift des preussischen Landwirtschaftsministeriums ist mit Recht darauf hingewiesen worden, wie sehr alle die außerordentlich notwendigen Siedlungsbauarbeiten erschwert werden, da die Kohlenproduktion infolge der wilden Streiks, der Verkehrsverengung usw. stark zurückgegangen ist. Es fehlt an dem für jede Siedlung unbedingt erforderlichen Baumaterial für die Errichtung der notwendigen Gebäude, es fehlt an Holz, der nicht in genügendem Maße aus den Produktionsstätten herangezogen werden kann; es fehlt vor allem an Zement und Dachsteinen und Ziegeln und 17 000 Hektar werden mühen. Aber abgesehen von diesen Schwierigkeiten, die der Bekämpfung des äußeren Mangels der Siedlung gegenüberstehen, muß auch wieder unter Hinweis auf den Kohlenmangel darauf aufmerksam gemacht werden, welche Schwierigkeiten der Anschaffung des toten Wirtschaftsinventars gegenüberstehen, weil einmal die Produktion der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte sehr gering ist, und weil dann weiterhin der größte Teil der vorhandenen oder in Anfertigung befindlichen Maschinen infolge des Friedensvertrages an die Entente abgeliefert werden muß.

Schiebeware gegen falsche Schecks.

Ein Kaufmann Scherle aus Wilmars hatte es darauf abgesehen, den Schiebern im Rheinland ihre Waren gegen falsche Schecks abzunehmen. In Stuttgart gelang es der Polizei, drei seiner Helfer zu verhaften. Scherle gelang es abermals, zu entkommen. Er fuhr zunächst im Kraftwagen nach Friedrichshagen und von dort unter dem Namen Heinrich mit dem Passagierluftschiff „Wobensee“ nach Berlin. Hier ging seine Spur verloren.

Ausgezeichnete Leistungen der technischen Nothilfe.

Berlin, 18. Okt. In der Ueberlandzentrale bei Bitterfeld genügt die Anzeige des Eingetragenen der Technischen Nothilfe, um die Arbeiter zur Pflicht zu zwingen. Sie haben alsbald die Arbeit wieder aufgenommen. Gestern nachmittag traten die Arbeiter in der Berliner Holz-Fabrik in der Außenwalder und Weichhorststraße in den Anstand. Das Geheizen der Technischen Nothilfe veranlaßte die Arbeiter, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. — Auf den Ruf der Berliner Parteisektion der sozialdemokratischen Partei hin haben sich gestern viele Hunderte von Arbeitern bei der Technischen Nothilfe gemeldet, um die Stilllegung der Betriebe zu verhindern.

Verständigung im Berliner Metallarbeiterstreik.

Berlin, 19. Oktober. Ueber die Verhandlungen im Metallarbeiterstreik am Sonnabend wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben:
In der Verhandlung der Vertreter des Metallindustriellenverbandes mit den Vertretern des Metallarbeiterverbandes am 18. Oktober im Reichsarbeitsministerium wurden die Vorklägungen des beschlossenen Schiedsgerichts im gegenseitigen Einverständnis endgültig gewährt. Die Parteiführer werden von den Parteien selbst beauftragt.

Das Schiedsgericht wird im Reichsarbeitsministerium tagen. Die Verhandlungen finden, nachdem die Unparteilichen in Kenntnis gesetzt sind, am Dienstag, 21. Oktober, vormittags 10 Uhr statt.

Nach diesem Stande der Verhandlungen wird der Streik vermutlich in den ersten Tagen der Woche für beendet erklärt werden. Vom Metallarbeiterverband wird mitgeteilt, daß die Wahrung der Uebernahme der Arbeit ausgedrückt werden soll, sobald die Verhandlung einen Stand erreicht haben, der eine Verständigung als sicher erscheinen läßt.

Die Verhängung des Belagerungszustandes.

Berlin, 20. Okt. (Ein. Drahtnachricht.) Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß die Reichsregierung unternimmt die weitere Handhabung der Verhängung des Belagerungszustandes dahingehend geregelt hat, daß es im Verfolg der Reichsverfassung dem Reichspräsidenten überlassen bleibt, die Verhängung des Belagerungszustandes zu vollziehen. Der Reichspräsident sowie die militärischen Vorgesetzten haben keine Befugnisse mehr zur Verhängung des Belagerungszustandes. Die bereits zur Inkrafttreten der Verfassung verhängten Belagerungszustandsverordnungen bleiben in Kraft. Demgemäß wird der Belagerungszustand in Berlin in diesem Jahre sowie im Frühjahr 1920 noch aufrecht erhalten bleiben.

Wie wir ferner aus Berlin erfahren, beabsichtigt die Reichsregierung, in kürzester Zeit der Nationalversammlung das Gesetz über das Einziehen der bewaffneten Wacht anzusetzen. Die Vorlage ist nahezu vollendet. Man glaubt, daß eine Reihe fertiggestellter Gegenentwürfe im November und Dezember erledigt werden.

Die deutsche Volkspartei will mitarbeiten.

Leipzig, 20. Oktober. Die in Leipzig ihren Parteitag abhaltende Deutsche Volkspartei stimmte einem Programm zu, in dem es heißt, sie werde den Willen haben, das Reich mit allen Mitteln zu fördern und im Rahmen ihrer politischen Grundzüge auch innerhalb der jetzigen Staatsform mitarbeiten. Es fordert die Wiederherstellung der ruhmvollen schwarz-weiß-roten Reichsfarbe.

Der erste Redner, Gehrmann, sprach sich gegen die Zentralisierung Preussens, den namentlich Hannover und das Rheinland so unendlich viel zu verbänden hätten. Die Rolle der einzelstaatlichen Monarchen sei unter allen Umständen ausgepielt, eine Wiederkehr müsse man nicht leichtens Serpens als ausgeschlossen beschließen.

Der Abgeordnete Böglert sprach über Arbeitsgemeinschaft und Wirtschaftspartialisierung und legte die Arbeitslosigkeit hin einen unerschütterlichen Abbau des Lebens von dem Wert, das es schafft, herbeiführt. Die künftige Arbeit, die Arbeit, muß überwinden werden. Das ist nicht nur ein deutsches, sondern ein Weltproblem. Es gilt, den Arbeiter auch durch Aktienbeteiligung am Werk zu interessieren.

Die Berliner Heizer und Maschinenisten arbeiten wieder.

Berlin, 20. Oktober. In einer gestern vormittag abgehaltenen Versammlung der streikenden Heizer und Maschinenisten der städtischen Elektrizitätswerke wurde eine Sitzung ergriffen und beschlossen, die Arbeit zum Sonnabend wieder aufzunehmen.

Sonntagsgeschichten auch in Braunschweiger Bergwerken.

Die Arbeiter der Braunschweiger Kohlenbergwerke im Schmalte-Schönigen beschließen im Hinblick auf die schwierige Lage in der Kohlenverorgung die Einstellung der Sonntagsgeschichten.

Fischmangel infolge der Ostsee-Blockade.

Der Verkehr im Norddeutschen Kanal ist für deutsche Dampfer jetzt vollständig lahm gelegt. Die Fischerei an der pommerischen Ostseeküste ist infolge der Seezerrung eingestellt.

Spartakistisches Treiben in Braunschweig.

In der Nacht auf den Sonntag wurde in Braunschweig durch unermittelte geübliche Verbrechen im Schwere der Nationalasphaltwerke ein Unterraum unterminiert. Um 20 Handgranaten wurden gesprengt, die Wachmannschaft geriet in Gefahr.

Die weiße Armee von Petersburg.

Seltingers, 19. Oktober. Die weiße Armee erreicht die Station Sigow, 13 Meilen von Petersburg. Patrouillen sprengen die Eisenbahnbrücke von Tsosno an der Eisenbahnbrücke nach Moolau.

Deutsches Reich.

Die Stärke der Besatzungstruppen in den Abstammungsgebieten.

Paris, 19. Oktober. Der Oberste Rat der Alliierten bestimmte, in welcher Stärke die zu erfolgende Besetzung von Oberschlesien, Schleswig und Memel durch die einzelnen alliierten Truppen vorgenommen werden soll, und erregte die militärischen Maßnahmen in Bezug auf die Räumung dieser Gebiete durch die deutschen Truppen und deren sofortige Besehung durch die Alliierten, die im Augenblick des Inkrafttretens des Vertrages zu treffen sind.

Ausland.

D'Annunzio droht.
Bern, 19. Oktober. Aus Paris melden die Blätter, daß jetzt die italienische Regierung mit der amerikanischen Regierung über die Zwangsliche Aktion zur Lösung der Frage von Fiume, die die Unterführung französischer Soldaten, bereit verhandelt. D'Annunzio erklärte französischen Journalisten, daß weder Verpfändungen noch Drohungen irgend welchen Einfluß auf ihn und seine Truppen haben könnten. Er gäbe nicht nach und würde eher die Stadt und den Hafen in die Luft sprengen. Alles sei bereit dazu.